

Erbschaftssteuer: Österreich EU-weit in Minderheit

2026-03-01 12:31

Die Grünen fordern sie, Finanzminister Markus Marterbauer (SPÖ) wäre dafür – die Koalitionspartner ÖVP und NEOS sowie die FPÖ sind aber dagegen: eine Erbschaftssteuer. 2008 wurde diese hierzulande abgeschafft, in einer Zeit, in der mehrere europäische Staaten einen ähnlichen Schritt machten.

Trotzdem befindet sich Österreich damit in der Minderheit. In 17 der 27 EU-Staaten gibt es eine Erbschaftssteuer, wie WIFO-Ökonomin Margit Schratzenstaller in einem heute veröffentlichten Gespräch mit der APA erklärt.

Neben Österreich schafften auch Tschechien, Portugal, Zypern, die Slowakei und Schweden ihre Erbschaftssteuern in den frühen 2000ern ab. „2014 war das letzte Jahr, in dem ein Land seine Erbschaftssteuer abgeschafft hat“, so die Ökonomin. Seit 2014 habe es keine grundsätzlichen Änderungen mehr gegeben. Rumänien, Estland, Litauen und Malta dürften nie eine entsprechende Steuer eingeführt haben.

Anders als im angelsächsischen Raum, wo meist der Nachlass besteuert wird – also gewissermaßen die oder der Verstorbene (Nachlasssteuer) –, werden in Europa meist die Erben besteuert (Erbschaftssteuer). Das ermögliche „doppelt progressive Systeme“. Hierbei hängt der Steuersatz sowohl von der Höhe des Erbes als auch vom (Nahe-)Verhältnis zwischen Verstorbenen und Erben ab.

Akzeptanz in Bevölkerung sehr gering

Gemein ist allen EU-Ländern mit einer Erbschaftssteuer, dass Letztere nur sehr wenig zu den gesamten Steuereinnahmen beiträgt. „Das liegt daran, dass es viele Ausnahmen gibt, vor allem in der engeren Familie“, so Schratzenstaller.

Die Akzeptanz für Erbschaftssteuern in der Bevölkerung sei international im Vergleich zu anderen Steuern sehr gering. Auch hier spiele das schwierige Thema „Tod“ eine Rolle. „Es stirbt ein geliebter Mensch, und dann kommt der Staat auch noch daher und will sich quasi daran bereichern.“

Trotzdem sollten Erbschaftssteuern laut der Ökonomin in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen – nicht als zusätzliche Steuerlast, sondern im Gegenzug von geringeren Steuern auf Arbeit. „Mit dem demografischen Wandel und mit den steigenden Gesamtvermögensbeständen“ würde das zunehmend wichtiger.

